

Inhaltsverzeichnis

bezirksbezogene Anträge		1
A01/II/2017	Abteilung 14	
Louise-Schröder-Platz pflegen!		
.....		1
A02/II/2017	Abteilung 23 (Rehberge)	
Rehberge für alle		
.....		1
A03/II/2017	Abteilung 23 (Rehberge)	
Milieuschutz im Afrikanischen Viertel ausweiten – Mieter*innen schützen		
.....		3
Anträge an den Landesparteitag		5
A04/II/2017	Abteilung 2 (Alexanderplatz)	
Mitgliederbegehren vereinfachen!		
.....		5
A05/II/2017	Abteilung 2 (Alexanderplatz)	
Mehr Transparenz und Beteiligung bei Kandidat*innenaufstellung		
.....		6
A06/II/2017	Abteilung 2 (Alexanderplatz)	
Mehr Transparenz und Fairness bei Stellenbesetzungen!		
.....		7
A07/II/2017	Abteilung 6 (Moabit-Nord)	
Freihalten der auf der Fahrbahn markierten Radwege		
.....		7
A08/II/2017	Abteilung 16 (Grünes Dreieck)	
Schluss mit der Privilegierung der PKV: Solidarsystem stärken! Gesetzliche Krankenversicherung für Berliner Beamte öffnen!		
.....		8
A09/II/2017	Abteilung 16 (Grünes Dreieck)	
Mieter*innen besser schützen – Milieuschutz verbessern!		
.....		9
A10/II/2017	Abteilung 7 (Bellevue)	
Vermeidung von Doppelfunktionen		
.....		15
A11/II/2017	Abteilung 5 (Tiergarten-Süd)	
Schüler*innen-Haushalt auf die Landesebene		
.....		16
A12/II/2017	Abteilung 5 (Tiergarten-Süd)	
Bezirksebene ernstnehmen, Fraktionen angemessen ausstatten!		
.....		16
A13/II/2017	Jusos Mitte	
Die Ausländerbehörde jetzt grundlegend verbessern!		
.....		18
A14/II/2017	Jusos Mitte	
Lehrkräftemangel war gestern – Für eine zukunftsorientierte Lehramtsausbildung!		
.....		20
A15/II/2017	Jusos Mitte	
Autoverkehr – aber bitte klimafreundlich! oder Die Zukunft ist elektrisch!		
.....		25

bezirksbezogene Anträge

- 1 **A01/II/2017**
2 **Abteilung 14**
3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
4
5 **Louise-Schröder-Platz pflegen!**
6 Die SPD-Fraktion in der BVV Mitte wird aufgefordert,
7 sich dafür einzusetzen, dass der Louise-Schröder-Platz
8 so hergerichtet und gepflegt wird, dass er der Bedeu-
9 tung der herausragenden Berliner Politikerin gerecht
10 wird und nicht weiter als verwahrloster Platz ein
11 Schankfleck im Bezirk ist.
12

- 13 **A02/II/2017**
14 **Abteilung 23 (Rehberge)**
15 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
16
17 **Rehberge für alle**
18 Die Zukunft liegt im Volkspark.
19 In einer Metropole wie Berlin besitzen Grünflächen vie-
20 le wichtige Funktionen. Sie sind Orte des Austausches
21 und der Begegnung. Sie sind Orte für Freizeit, Sport und
22 Naherholung. Treffpunkt für die Menschen im umlie-
23 genden Kiez.
24 Insbesondere die elf Berliner Volksparks nehmen die Be-
25 dürfnisse der Menschen nach Begegnungs- und Bewe-
26 gungsräumen auf besondere Weise in den Blick. Als die-
27 se entstanden, wurden sie unter dem Ziel geschaffen,
28 der urbanen Bevölkerung einen Zugang zur Natur und
29 Orten der Erholung zu gewähren. Daher hält der Volks-
30 park Rehberge auch 90 Jahre nach seiner Eröffnung mit
31 seinen Erholungsangeboten, ausgedehnten Sport- und
32 Bewegungsflächen, waldartigen und naturnahen Park-
33 teilen ein sehr breitgefächertes Angebot für alle Wed-
34 dingerinnen und Weddinger bereit.
35 Wir als SPD Mitte bekennen uns zur der Idee des Volks-
36 parks. Nach vielen Jahren begrenzter finanzieller Mög-
37 lichkeiten wollen wir in die Rehberge investieren. Wir
38 orientieren uns dabei am Konzept des Volksparks. Denn:
39 Es soll ein Park für alle Menschen bleiben.
40 **Freizeit und Kultur genießen**
41 Um den Freizeitaspekt für alle Altersgruppen – also vom
42 Kindesalter bis ins Seniorenalter, gewährleisten zu kön-
43 nen, fordern wir nicht nur die bestehenden Spielplätze
44 frei zu schneiden und zu beräumen, sondern auch zu
45 modernisieren. Das Wohl und die Sicherheit der Kinder
46 müssen im Vordergrund stehen.
47 Zur Wahrung des historischen Wissens und der Bedeu-
48 tung des Ursprungs des Volksparks fordern wir die An-
49 legung eines historisch-kulturellen Erlebnisrundgangs,
50 der die Baugeschichte, Denkmäler etc. nicht nur the-
51 matisiert, sondern auf spielerische Art und Weise die

- 1 Identifikation mit dem historischen Ort und dem Wed-
2 ding fördert. Hierzu zählt für uns auch ein Projekt, wel-
3 ches die Kulturgüter "Volkspark Rehberge" und "Afri-
4 kanisches Viertel" medial miteinander verknüpft. Dar-
5 an angelehnt und vor allem auch unter Berücksichti-
6 gung der bereits im Volkspark existierenden Freizeit-
7 und Kultureinrichtungen (Sportvereine, Freiluftkino, Li-
8 verollenspiele im Tanzkreis) sollte ein "Kunst und Kultur
9 im Park"-Konzept erstellt werden.
- 10 Es müssen außerdem ausgewiesene Grillplätze im Park
11 eingerichtet werden, insofern ein spezielles Mülltren-
12 nungsverfahren besteht. Dieses muss nicht nur die
13 Trennung von Kohle und sonstigem Müll vorsehen, son-
14 dern auch tiersichere, somit verschließbare Behältnisse
15 inkludieren.
- 16 Um auch den Hundebesitzer*innen weiterhin die Nut-
17 zung des Volksparks zu ermöglichen, die Sicherheit von
18 Kindern jedoch zu wahren und vor allem der Verschmut-
19 zung vorzubeugen, muss das ausgewiesene, eingezäun-
20 te Hundeauslaufgebiet ausgeschildert und insbesonde-
21 re mit ausreichend Hundekotbeuteln sowie wesentlich
22 mehr Müllbehältern zur fachgerechten Entsorgung aus-
23 gestattet werden. Die Leinenpflicht ist zudem stärker zu
24 kontrollieren.
- 25 **Sport treiben**
- 26 Sport stärkt nicht nur die Gesundheit, sondern auch die
27 Gemeinschaft. Wir schlagen vor, im Volkspark Rehber-
28 ge Laufrouuten mit unterschiedlichen Schwierigkeitsgra-
29 den in das allgemeine Wegeleitsystem zu integrieren
30 und farblich zu markieren, damit sich Sporttreibende
31 problemlos im Park orientieren können. Wir möchten
32 dadurch auch verhindern, dass sich Jogger*innen leicht
33 in den Gartenanlagen verlaufen können.
- 34 Um die Attraktivität des Volksparks für Sportler*innen
35 noch weiter zu erhöhen, möchten wir an geeigne-
36 ten Stellen Trimm-Dich-Pfade und Freeletics-/Trainings-
37 Flächen anlegen, wo sich Menschen begegnen und ge-
38 meinsam trainieren können.
- 39 **Natur erleben**
- 40 Die Rehberge sind als Ganzes ein geschütztes Garten-
41 denkmal. Sie müssen als solches gepflegt und erhalten
42 werden. Dazu gehören für uns die Pflege und Erneue-
43 rung der weitgehend heimischen Bäume und Sträucher,
44 die Ausholzung des entstandenen Wildwuchses, damit
45 im Frühling unter den Rotbuchen in großen Kolonien
46 wieder Winterlinge, Buschwindröschen und Leberblüm-
47 chen blühen. Hierzu gehört, wo notwendig, aber auch
48 das Abholzen von Bäumen und Roden des entstande-
49 nen Unterholzes, um Licht für andere Pflanzen zu schaf-
50 fen.
- 51 Pflege und regelmäßiges Mähen der großen Wiesen ge-
52 hört unbedingt zu unserem Park. Der Zustand der Cat-
53 cher Wiese ist nicht hinnehmbar. Die Rehberge bleiben
54 ein Park, kein Wald.
- 55 Die Seen des langen Fenns sind unbedingt auszubag-
56 gern und die Ufer zu lichten. Die beiden kleinen Seen
57 – Sperlingssee und der Entenpfuhl – sind bereits umge-
58 kippt und stinken. Hier muss dringend abgeholzt, aus-
59 gelichtet und ausgebaggert werden. Bleiben wir hier

1 untätig, ist der große Möwensee vom gleichen Schick-
2 sal bedroht.
3 Die Wildgehege sind wieder zu beleben, insbesondere
4 wollen wir wieder Rehe in unseren "Rehbergen" sehen.
5 Der Park ist großer Anziehungspunkt für alle umliegen-
6 den Kindergärten, Grundschulen und Familien. Diese
7 Verbindung wird durch Patenschaften der umliegenden
8 Schulen mit einzelnen Tiergehegen, Bäumen oder Spiel-
9 plätzen (Ausgestaltung durch Biologieunterricht o.ä.)
10 ausgebaut und verstetigt. Auch soll ein Naturlehrpfad
11 bzw. Wissenparcours eingerichtet werden.

12 **Infrastruktur nutzbar machen**

13 Spielen, Sport treiben, sich mit anderen Menschen tref-
14 fen, die Seele baumeln lassen oder Natur hautnah er-
15 fahren. All dies wird möglich, wenn sich Menschen im
16 Park sicher und frei bewegen können. Hierfür ist es not-
17 wendig ein Wegeleitsystem einzurichten, das Orientie-
18 rung bietet. Prägende Elemente müssen die verschie-
19 denen Nutzungen und die Ausgänge sowie Verkehrsan-
20 bindungen sein. Ganzflächig sind hierfür Hinweisschil-
21 der anzubringen, beginnend mit Willkommenstafeln an
22 den Eingängen. Die Wege sind instand zu setzen.

23 Um eine dauerhafte Nutzbarkeit sicherzustellen und
24 die Grünflächen zu schützen sind neben öffentlich zu-
25 gänglichen Toiletten für alle Geschlechter ausreichend
26 Müllbehälter in das Konzept zu integrieren. Für die Park-
27 pflege ist die Beauftragung der BSR vorzuziehen.

28 Zur Steigerung der Aufenthaltsqualität sind die vorhan-
29 denen Bänke instand zu setzen. Wir legen Wert dar-
30 auf, dass ein bedeutender Teil rund um die großen
31 Grünflächen nicht fest im Boden verankert ist. Zudem
32 ist das seit Jahren brachliegende Gebäude des ehe-
33 maligen Parkcafés durch den Bezirk zu sanieren. Eine
34 künftige Nutzung muss ganzjährig, gemeinnützig und
35 durch möglichst viele Menschen möglich sein. Beim
36 Nutzungskonzept soll Inklusion einen Schwerpunkt bil-
37 den. Das Parkcafé könnte zudem als zukünftiger Kunst-
38 ort im Rahmen des "Kunst und Kultur im Park"-Konzepts
39 dienen.

40 Wir fordern die SPD Fraktion dazu auf, gegenüber dem
41 Bezirksamt darauf hinzuwirken, dieses Sanierungs-
42 konzept für den Volkspark Rehberge zu erstellen und
43 umzusetzen. Förderprogramme des Landes und des
44 Bundes sollen dafür unter Beachtung der entstehenden
45 Folgekosten genutzt werden.

46

47 **A03/II/2017**

48 **Abteilung 23 (Rehberge)**

49 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

50

51 **Milieuschutz im Afrikanischen Viertel ausweiten – Mie-
52 ter*innen schützen**

53 Die sozialdemokratischen Mitglieder der BVV Mitte,
54 des Bezirksamtes und des Berliner Abgeordnetenhaus
55 werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass

56 • der Milieuschutz im Afrikanischen Viertel deutlich

1 ausgeweitet und mehr Mieter*innen im Kiez vor
2 Verdrängung geschützt werden;
3 • alle rechtlichen Möglichkeiten im Bezirk und im
4 Land wirksam genutzt bzw. darüber hinaus weite-
5 re geschaffen werden, um weiteren Mietenanstieg
6 entgegen zu wirken.

7
8

9 **Begründung**

10 Die steigenden Mietpreise im Afrikanischen Viertel
11 sind besorgniserregend. Durch wachsende Nachfrage
12 und zahlreiche weitere Modernisierungen an Wohnge-
13 bäuden kommt es zu drastischen Mieterhöhungen für
14 Mieter*innen, die für viele Bewohner*innen nicht mehr
15 bezahlbar sind. Diese Entwicklung macht nicht nördlich
16 der Kongostraße Halt. Der Milieuschutz als eines der
17 Instrumente zum Mieter*innenschutz muss daher
18 umfassender für das Afrikanische Viertel angewendet
19 werden. Das vom Bezirk Mitte in Auftrag gegebene
20 Gutachten „Vertiefende Untersuchung für den Erlass
21 einer Sozialen Erhaltungssatzung im Bezirk Mitte in
22 Berlin“ stellte schon im Januar 2016 einen starken Auf-
23 wertungsdruck durch steigende Mieten insbesondere
24 bei Neuvermietungen und eine hohe Verdrängungs-
25 gefahr für einen Großteil der Bewohnerschaft im
26 Afrikanischen Viertel fest. Die Mietbelastungsquote ist
27 mit 32 Prozent hoch und der Anteil kommunaler und
28 genossenschaftlicher Wohnungen nur gering. Wohnen
29 ist ein Grundrecht und muss bezahlbar bleiben.

Anträge an den Landesparteitag

1 **A04/II/2017**

2 **Abteilung 2 (Alexanderplatz)**

3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

6

7 **Mitgliederbegehren vereinfachen!**

8 Die Volkspartei SPD lebt von ihren Mitgliedern. Mobilisierung und Einbezug der Mitglieder ist daher zentral für die Schlagkraft der Partei. Um die SPD Mitglieder besser in die Entscheidungen der Bundespartei zu integrieren, ihnen mehr Teilhabe zu ermöglichen, und damit die SPD als Ganzes zu stärken erleichtern und modernisieren wir das Instrument der Mitgliederbegehren. Erstens fordern die bereits 2011 beschlossene aber immer noch nicht umgesetzte Möglichkeit einer elektronischen Beteiligung an Mitgliederbegehren. Zweitens soll das Quorum für Mitgliederbegehren auf 5 % der Mitglieder gesenkt werden. Drittens muss der Parteivorstand die Bekanntmachung der aktuellen Mitgliederbegehren über die öffentlichkeitswirksamen Kanäle der SPD wie dem vorwaerts, dem Newsletter oder Social-Media-Kanälen des Parteivorstandes institutionalisieren und erleichtern. Viertens ist den Kreis- und Landesgeschäftsstellen eine Sammelstelle für Unterstützer*innen einzurichten.

27

28 **Begründung**

29 Zweck des Mitgliederbegehrens ist es, den Mitgliedern bei wichtigen Entscheidungen ein Mitspracherecht zu geben, falls sich eine bedeutende Anzahl von Mitgliedern hinter das Begehren stellt. Damit erreichen wir eine höhere Akzeptanz der Entscheidungen der Parteileitung. Wir wollen, dass sich das Mitgliederbegehren als gängiges Instrument der Basispartizipation etabliert. Das Mitgliederbegehren sollte vergleichbar zu Debatten bei Parteitagungen gehandhabt werden: grundsätzlich begrüßenswert als Fundament unserer Demokratie und der Meinungsbildung förderlich.

40 Momentan besteht bei Mitgliederbegehren die alleinige postalische bzw. persönliche Akzeptanz von Unterschriften. Nicht nur der Aufwand und Kosten für den Postversand schrecken stark ab. Wir fordern daher den Parteitagbeschluss 2011 für digitale Mitgliederbegehren zügig umzusetzen. Eine Integration in das bestehende SPD- Onlineportal ist zu empfehlen und die bestehende Verifizierung der Mitglieder zu nutzen. Das Portal soll alle laufenden Begehren und ihren Fortschritt anzeigen und die Teilnahme mit nur einem Klick erlauben.

50 Bis auf die Richtlinie und den Regeln im OrgaStatut liegen potenziellen Initiator*innen keine Informationen zur Durchführung zu Mitgliederbegehren vor. Auch durch die unklar formulierten Passagen in der Richtlinie entstehen viele Fragen. Versteht man die Etablierung eines nachhaltig nutzbaren Instruments der Mitgliederbeteiligung als das große Parteikultur verändernde Projekt, das es ist, zeigt sich, dass eine institutionalisierte

1 Verankerung von Partizipation innerhalb der Partei un-
2 erlässlich ist. Der Parteivorstand ergreift die geeigneten
3 Maßnahmen, dass die Initiator*innen der Mitgliederbe-
4 gehren die Mitglieder erreichen können und über die of-
5 fiziellen Kanäle der Partei („Vorwärts“, Website, News-
6 letter) ausgewogen über pro- und contra-Argumente
7 kommuniziert wird.
8 Die Informierung aller Mitglieder soll per E-Mail über
9 laufende Mitgliederbegehren gebündelt werden (z.B.
10 einmal im Monat). Zudem soll es auf der Webseite der
11 SPD zu laufenden Mitgliederbegehren informiert wer-
12 den. Außerdem soll eine redaktionelle Begleitung auf
13 SPD.de sowie auch Social-Media-Kanäle zur Erreichung
14 der Mitglieder angestrebt werden. Alle Parteivorstände
15 in den Untergliederungen sind extra zu informieren und
16 auf ihre Pflichten hinzuweisen. Zusätzlich sollten die
17 Gliederungen mit Hilfe eines Leitfadens und Informa-
18 tionsmaterial ermutigt werden, Begehren zum Anlass
19 für Veranstaltungen nehmen und so in Dialog mit den
20 Mitgliedern, aber auch mit Bürger*innen, zu kommen.
21 Regelmäßige Veranstaltungen und kontroverse Diskus-
22 sionen fördern die Aktivierung der Mitglieder und nüt-
23 zen so am Ende der SPD wieder selber. Auch Online-
24 Konferenzen im Willy-Brandt-Haus sollten vermehrt in
25 Betracht gezogen werden.
26 Das Quorum für Mitgliederbegehren wird von aktuell
27 zehn Prozent auf fünf Prozent der SPD-Mitglieder ge-
28 senkt, was aktuell knapp 25.000 Mitgliedern für Mit-
29 gliederbegehren auf Bundesebene entsprechen würde.
30 Zudem soll eine Ablehnungsoption in Begehren einge-
31 führt werden. Ob eine qualifizierte oder einfache Mehr-
32 heit der Ja-Stimmen zum Erfolg nötig ist, ist zu prüfen.
33 Zusammenfassend halten wir fest, dass die SPD bereits
34 erste Schritte zu einer modernen Volkspartei getätigt
35 hat, jedoch noch einen weiten Weg zu gehen hat. Be-
36 teiligungsform und -institutionalisierung entsprechen
37 nicht den gesellschaftlichen Herausforderungen vor de-
38 nen wir stehen und schließen in ihrer derzeitigen Form
39 viele Mitglieder aus. Daher fordern wir die SPD auf, Mit-
40 gliederbeteiligung vor allem als Chance für die Partei zu
41 begreifen.
42 Wir erhoffen uns so, die SPD für die gesellschaftlichen,
43 demographischen und strukturellen Wandlungen auch
44 intern so weiterzuentwickeln, dass sie dem selbsterklär-
45 ten Ziel der modernsten Partei Europas ein Stück näher-
46 kommt.

47 **A05/II/2017**

48 **Abteilung 2 (Alexanderplatz)**

49 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

50 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

51 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

52

53 **Mehr Transparenz und Beteiligung bei Kandi-**
54 **dat*innenaufstellung**

55 Beim Aufstellen von Kandidat*innen innerhalb der SPD
56 ist auf ein transparentes und faires Verfahren zu achten.

1 So müssen alle Mitglieder frühzeitig informiert werden
2 welche konkreten Positionen demnächst neu zu beset-
3 zen sind, wie dort das genaue Verfahren aussieht und
4 wie man sich als Kandidat*in für dieses Amt bewirbt.
5 Für die Position der/s Parteivorsitzende/n, der/s Gene-
6 ralsekretär*in und der/s Landesvorsitzende/n muss es
7 anders als bislang eine bindende Mitgliederbefragung
8 geben. Auch bei wichtigen inhaltlichen Entscheidun-
9 gen wie der über einen Koalitionsvertrag streben wir
10 bindende Mitgliederbefragungen an.

11

12 **Begründung**

13 Die Volkspartei SPD lebt von ihren Mitgliedern. Mobili-
14 sierung und Einbezug der Mitglieder ist daher zentral
15 für die Schlagkraft der Partei. Um die SPD Mitglieder
16 besser in die Entscheidungen der Bundespartei zu
17 integrieren, ihnen mehr Teilhabe zu ermöglichen, und
18 damit die SPD als Ganzes zu stärken erleichtern und zu
19 modernisieren müssen wir die einfache Partizipation
20 deutlich erleichtern. Das Beispiel der Abstimmung über
21 den Koalitionsvertrag im Jahr 2013 hat gezeigt, dass
22 die Mitglieder in wichtige Entscheidungen einbezogen
23 werden wollen.

24 **A06/II/2017**

25 **Abteilung 2 (Alexanderplatz)**

26 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

27 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

28 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

29

30 **Mehr Transparenz und Fairness bei Stellenbesetzun-**
31 **gen!**

32 Alle Stellen in Kreis-, Landes- und Bundesstellen der
33 SPD müssen künftig verpflichtend öffentlich aus-
34 geschrieben werden. Die Zugänglichmachung der
35 Stellenausschreibungen muss durch das ausschreibende
36 Organ sichergestellt werden.

37

38 **Begründung**

39 Transparente Stellenausschreibungen sind ein wichti-
40 ges Mittel um Chancengleichheit bei der Besetzung zu
41 gewährleisten. Durch eine faire, offene und transpa-
42 rente Bewerbungs- und Besetzungsprozess stärkt sich
43 die Partei in Vielfalt und Chancen.

44 **A07/II/2017**

45 **Abteilung 6 (Moabit-Nord)**

46 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

47 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

48

49 **Freihalten der auf der Fahrbahn markierten Radwege**

50 Die sozialdemokratischen Mitglieder der BVV und die
51 sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-
52 hauses werden aufgefordert dafür zu sorgen, dass von

1 den zuständigen Behörden die Freihaltung der o.g. Rad-
2 wege mit hoher Priorität betrieben wird. Insbesondere
3 sollte erreicht werden, dass sie nicht der Verbesserung
4 der Bequemlichkeit für Pkw-Fahrer dienen.

5

6 **Begründung**

7 Es werden große Pläne zur Verbesserung der Ver-
8 kehrssituation in Berlin geschmiedet. Die (sozialde-
9 mokratische) Politik macht sich aber lächerlich, wenn
10 sie solche Radwege anlegen lässt, aber sie dann den
11 Autofahrern als Parkraum zur Verfügung stellt. Neben
12 der Gefährdung der Radfahrer führt das auch zu einer
13 Diskreditierung des Verwaltungshandelns, die schon
14 durch andere Probleme befördert wird.

15 **A08/II/2017**

16 **Abteilung 16 (Grünes Dreieck)**

17 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

18 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

19

20 **Schluss mit der Privilegierung der PKV: Solidarsystem**
21 **stärken! Gesetzliche Krankenversicherung für Berliner**
22 **Beamte öffnen!**

23 Beamte im Land Berlin sollen nicht länger finanziell
24 benachteiligt werden, wenn sie sich für die Gesetzliche
25 Krankenversicherung (GKV) entscheiden. Nach Vorbild
26 des Hamburger Senats sollen auch Berliner Beamte
27 die Hälfte ihrer Beiträge zur Gesetzlichen Kranken-
28 versicherung in Zukunft erstattet bekommen. Der
29 Berliner Senat wird aufgefordert einen entsprechenden
30 Gesetzesvorschlag zu erarbeiten.

31

32 **Begründung**

33 Deutschland leistet sich ein Zwei-Klassen-
34 Gesundheitssystem. Besserverdienende können
35 sich für eine Private Krankenversicherung (PKV)
36 entscheiden. Dem Solidarsystem der Gesetzlichen
37 Krankenversicherung werden dadurch wichtige Bei-
38 träge entzogen. Gesetzlich Versicherte tragen die
39 Kosten der Solidargemeinschaft und erfahren durch
40 die unterschiedliche Vergütung ärztlicher Leistungen
41 für GKV- und PKV-Patienten auch noch Nachteile. Eine
42 Ungerechtigkeit sondergleichen.

43 Beamte sind ebenfalls größtenteils in der PKV versi-
44 chert. Denn das aktuelle System gibt ihnen de facto
45 keine Wahlfreiheit. Da sie im Gegensatz zu Angestell-
46 ten nicht die Hälfte ihrer Beiträge für die GKV erhalten
47 können, ist eine PKV für sie wesentlich kostengünsti-
48 ger. Für einige Beamte ist dies sogar nachteilig. Denn
49 insbesondere für Menschen mit Vorerkrankungen oder
50 chronischen Erkrankungen sind die Beiträge der PKV ex-
51 trem teuer. Nicht nur diese Beamten, sondern auch viele
52 andere würden bei echter Wahlfreiheit die Gesetzliche
53 Krankenversicherung bevorzugen.

54 Der Staat gibt den Beamten jedoch keine Möglichkeit
55 zu wählen. Er alimentiert durch die fehlende Wahlfrei-
56 heit die Private Krankenversicherung. Das Solidarsys-

1 tem könnte wesentlich gestärkt werden, wenn die Be-
2 amten frei entscheiden dürften. Das das Zwei-Klassen-
3 System finanzielle Nachteile hat, zeigt die Studie der
4 Bertelsmann-Stiftung. Dort wurde errechnet, dass die
5 öffentlichen Haushalte durch die Abschaffung des kompli-
6 zierten Beihilfesystems bis 2030 mehr als 60 Milliarden
7 Euro sparen könnten. Eine Bürgerversicherung ist
8 längst überfällig!
9 Eine Bürgerversicherung und die Abschaffung des Zwei-
10 Klassen-Systems gibt es nur mit rot-rot-grün. Dazu fehlt
11 im Bund aktuell die Mehrheit. Aber man kann auch
12 auf Landesebene handeln. Hamburg hat begonnen, mit
13 dem Irrsinn der Privilegierung der PKV endlich Schluss
14 zu machen: Junge Beamte können sich dort künftig oh-
15 ne finanzielle Nachteile für die Gesetzliche Krankenver-
16 sicherung entscheiden. Die Stadt wird ihnen die Hälfte
17 ihrer Beiträge erstatten. Diese Regelung soll auch in Ber-
18 lin gelten. Die solidarische Bürgerversicherung für alle
19 bleibt dabei selbstverständlich unser langfristiges Ziel.

20 **A09/II/2017**

21 **Abteilung 16 (Grünes Dreieck)**

22 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

23 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

24 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

25

26 **Mieter*innen besser schützen – Milieuschutz verbessern!**

27
28 Der Bezirk Mitte wird aufgefordert, die Milieuschutzge-
29 biete auszuweiten und neue soziale Erhaltungsgebiete
30 zu beschließen. Darüber hinaus soll der Bezirk:

- 31 • den Milieuschutz konsequenter anwenden und kei-
32 ne mietsteigernden Maßnahmen mehr zu geneh-
33 migen. Ausstattungsmerkmale, die geeignet sind,
34 Aufschläge auf die bisherige Miete zu begründen,
35 sollen versagt werden.
- 36 • bei Modernisierungen, bzw. bei durch Modernisie-
37 rungen bedingten Mieterhöhungen, ausnahmslos
38 alle Eigentümer*innen, insbesondere aber städti-
39 sche Wohnungsbaugesellschaften, vertraglich auf
40 eine Verordnungsmiete zu verpflichten, die auf ei-
41 nem gebietsspezifischen Mietspiegel basiert. Hier-
42 bei sollte sich an den Preisen für eine durchschnittli-
43 che Ausstattung orientiert und nicht die Obergren-
44 ze des entsprechenden Mietspiegels herangezogen
45 werden.
- 46 • energetische Sanierungen in Milieuschutzgebieten
47 umfassend zu prüfen und zu gewährleisten, dass
48 eine Energieberatung erfolgt und die Warmmiete
49 nach Sanierung nicht steigt.
- 50 • das Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten bei allen
51 Grundstücksverkäufen prüfen und auszuüben. Um
52 das Vorkaufsrecht zugunsten dritter ausüben zu
53 können, sollen entsprechende Vereinbarungen mit
54 den städtischen Wohnungsbaugesellschaften, Ge-
55 nossenschaften und gemeinwohlorientierten Trä-
56 gern getroffen werden. Darüber hinaus wird der Be-

- 1 zirk aufgefordert, einen Beauftragten für gemein-
2 wohlorientierte Immobilienentwicklung zu ernennen,
3 um den Betroffenen und dem Bezirk schnell
4 und effizient zur Seite stehen zu können und Hand-
5 lungsfähigkeit zu gewährleisten.
- 6 • eventuelle Abwendungsvereinbarungen bezüglich
7 des Vorkaufsrechtes so gestalten, dass sich Investoren
8 verpflichten, die Ziele der Milieuschutzgebiete für
9 mindestens 20 Jahre einzuhalten. Diese Verpflichtungen
10 müssen so gehalten sein, dass sie auch bei einem
11 Eigentümer*innen-Wechsel gelten.
 - 12 • dafür Sorge tragen, dass im Bezirksamt genügend
13 entsprechend qualifizierte Mitarbeiter*innen zu
14 Prüfzwecken zur Verfügung stehen, um die genannten
15 Vorhaben umsetzen zu können.
- 16
- 17 Der Senat wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen,
18 dass die Grunderwerbsteuer bei Ausübung des Vor-
19 kaufsrechtes zugunsten gemeinwohlorientierter Träger
20 sowie städtischer Wohnungsbaugesellschaften im
21 Land Berlin grundsätzlich entfällt. Darüber hinaus soll
22 der Senat:
- 23 • eine Bundesratsinitiative starten, die das Baurecht,
24 dahingehend ändert, dass die Umwandlung von Miet-
25 in Eigentumswohnungen in Milieuschutzgebieten
26 komplett untersagt wird. Alle Ausnahmeregelungen
27 im Baurecht sind abzuschaffen. Die Umwandlungs-
28 verordnung soll zu einem Bestandteil der sozialen
29 Erhaltungsverordnung werden und automatisch mit
30 Ausweisung eines sozialen Erhaltungsgebietes in Kraft
31 treten.
 - 32 • die Bezirke finanziell und durch eine verbesserte
33 Personalausstattung sowie beratend und konzeptionell
34 bei der Ausweisung von weiteren Milieuschutzgebieten
35 unterstützen.
 - 36 • die Voraussetzungen dafür schaffen, dass bereits
37 mit Beginn der Voruntersuchungen bezüglich der
38 Voraussetzungen über die Festsetzung weiterer
39 Milieuschutzgebiete, bauliche Maßnahmen und
40 Umwandlungen Genehmigungspflichtig sind bzw. die
41 Entscheidung über die Zulässigkeit von Baumaßnahmen
42 bis zum Abschluss der Untersuchungen zurückgestellt
43 werden kann.
 - 44 • eine Bundesratsinitiative starten, um rechtliche
45 Grundlagen für verbindliche Mietobergrenzen nach
46 Modernisierungen in Milieuschutzgebieten zu schaffen.
47 Diese sollen auch bei Neuvermietungen Geltung haben.
48 Die Mietobergrenzen sollen sich an einem gebiets-
49 spezifischen Mietspiegel orientieren. Für Haushalte,
50 die von Mietanhebungen nach Modernisierungen
51 finanziell überfordert sind, werden Härtefallregelungen
52 entwickelt. die den Verbleib der betroffenen Menschen
53 in ihren Wohnungen bzw. im betroffenen Objekt oder
54 in unmittelbarer Nachbarschaft, sicherstellen.
 - 55 • über eine Bundesratsinitiative dafür zu Sorge
56 tragen, dass die Energieeinsparverordnung, bis zu
57 ihrer grundsätzlichen Überarbeitung, in sozialen
58 Erhaltungsgebieten ausgesetzt werden kann.
- 59

- 1 • sich dafür einzusetzen, dass die Methodik des Miet-
 2 spiegels reformiert wird mit dem Ziel, die Praxis
 3 dahingehend zu ändern, dass nicht lediglich die in
 4 den letzten vier Jahren neu vereinbarten oder ge-
 5 änderten Mieten in die Berechnungen einfließen,
 6 sondern alle Mieten aus bestehenden Mietverhält-
 7 nissen erfasst werden und der daraus resultierende
 8 reale Durchschnittswert verwendet wird.
 9
- 10 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich da-
 11 für einzusetzen, dass die Modernisierungsumlage nach
 12 folgender Maßgabe begrenzt wird:
- 13 • die Nettokaltmiete darf höchstens um 5 % der auf-
 14 gewendeten Modernisierungskosten erhöht wer-
 15 den;
 - 16 • die Nettokaltmiete wird auf einen Betrag begrenzt,
 17 der die ortsübliche Vergleichsmiete um nicht mehr
 18 als 10 % übersteigt;
 - 19 • die Nettokaltmiete darf höchstens so lang erhöht
 20 werden, bis die Modernisierungskosten sich amor-
 21 tisiert haben.
- 22 **Begründung**
- 23 Eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinsti-
 24 tuts Forsa belegt, dass fast jede/r zweite Berliner*in sich
 25 Sorgen macht, dass er/sie sich in ein paar Jahren seine
 26 Wohnung nicht mehr leisten kann. Nur 16 % der Ber-
 27 liner Bevölkerung glaubt, dass der Senat ein Konzept
 28 hat, wie preiswertes Wohnen in Berlin ermöglicht wer-
 29 den kann. Dieses Ergebnis zeigt, wie groß der politische
 30 Handlungsdruck ist.
- 31 Städte sind in der Zwischenzeit zu Renditeobjekten für
 32 international operierende Investoren mit immer kür-
 33 zeren Verwertungszyklen geworden. Eine Immobilien-
 34 wirtschaft, deren Ziel keine nachhaltige, gemäßigte und
 35 sozial verantwortliche Entwicklung ist, begreift Mie-
 36 ter*innen im erworbenen Wohnungsbestand lediglich
 37 als Hindernis auf dem Weg zur schnellen Rendite. Sa-
 38 nierungsmaßnahmen, energetische Modernisierungen
 39 und die Aufteilung in Eigentumswohnungen sind nur
 40 ein kleiner Teil der Instrumente, die von der privaten
 41 Immobilienwirtschaft eingesetzt werden, um Wohnun-
 42 gen von Bestandsmieter*innen zu befreien und an-
 43 schließend zu erheblich höheren Preisen vermieten zu
 44 können. Die Kosten für die Mieter*innen erhöhen sich
 45 hierbei oft um weit mehr als 50%.
- 46 Wenn wir weiterhin zulassen, dass Mieter*innen auf
 47 dem Weg zur schnellen und maximalen Rendite aus ih-
 48 ren Wohnungen verdrängt werden, gefährden wir nicht
 49 nur die Existenz der im Einzelfall betroffenen Men-
 50 schen, wir setzen auch den sozialen Frieden und den
 51 gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt aufs Spiel.
 52 Wir müssen uns fragen: Aus welchem Grund sollten
 53 sich Menschen für und in ihren Quartieren engagieren,
 54 wenn diese ihnen als bloße Spekulationsobjekte begeg-
 55 nen? Der Senat und die Bezirke werden aufgefordert,
 56 sich aller Instrumente zu bedienen, um eine solidari-
 57 sche Stadtgesellschaft zu erhalten.
- 58 Um den Wohnungsmarkt zu entlasten, muss drin-
 59 gend neuer bezahlbarer Wohnraum geschaffen wer-

- 1 den. Auch muss die Mietpreisbremse auf Bundesebe-
2 ne dringend verschärft, der Mietspiegel reformiert aber
3 auch der Milieuschutz verbessert und ausgeweitet wer-
4 den. Einen weiteren Mietanstieg in Berlin können wir
5 nicht länger hinnehmen!
- 6 Begründung zu den einzelnen Forderungen:
- 7 • In Gebieten ohne Milieuschutz schreitet die Gentri-
8 fizierung voran. Besonders stark ist dies in der Nähe
9 der Milieuschutzgebiete zu beobachten. Moderni-
10 sierungen führen oft zu massiven Kostensteigerungen,
11 die viele Mieter*innen nicht bezahlen können.
12 Besonders nachteilig wirkt sich aus, dass Wohnun-
13 gen, die modernisiert werden, von der Mietpreis-
14 bremse ausgenommen sind. Um diese Entwicklung
15 aufzuhalten, sind so viele Gebiete wie möglich un-
16 ter Milieuschutz zu stellen.
 - 17 • In vielen Fällen versuchen Investoren die Ziele der
18 sozialen Erhaltungsgebiete zu unterlaufen, indem
19 sie einen Ausstattungsstandard schaffen, der eher
20 einer gehobenen Wohnqualität entspricht. Das be-
21 trifft z.B. Balkone, Fahrstühle, Grundrissverände-
22 rungen, hochwertige Fliesenspiegel, Bodenbeläge
23 und spezielle Heizkörper in Bädern. Um Moderni-
24 sierungsbedingte Mieterhöhungen zu vermeiden,
25 sollten lediglich absolut notwendige Instandset-
26 zungsarbeiten, die einen durchschnittlichen Zu-
27 stand herstellen, genehmigungsfähig sein. Maß-
28 nahmen, die einen übertrieben hohen Standard er-
29 zeugen, führen auch zu weiteren Preissteigerungen
30 bei Neuvermietungen, was einen erheblichen An-
31 stieg des Mietspiegels zur Folge hat und im weite-
32 ren Verlauf auch eine Anhebung der Bestandsmie-
33 ten bedeutet.
 - 34 • Sind Sanierungsarbeiten unvermeidbar um einen
35 zeitgemäßen Ausstattungsstandard zu gewährleis-
36 ten (z.B. wg. Ofenheizungen, Dusche/Wanne fehlt),
37 werden Instrumente benötigt, um die Kosten für
38 Mieter*innen niedrig zu halten und die unter Punkt
39 2 genannten Probleme zu vermeiden.
 - 40 • Maßnahmen der energetischen Sanierung werden
41 gegenwärtig von zahlreichen Eigentümer*innen be-
42 nutzt, um Mieterhöhungen durchzusetzen. Die
43 durch die Maßnahmen erzielten Einsparpotenzia-
44 le fangen Mietsteigerungen in der Regel nicht auf.
45 Es können 11% der Baukosten anteilig auf die Mie-
46 te aufgeschlagen werden, je nach Umfang der Sa-
47 nierungen führt das zu erheblichen Mieterhöhun-
48 gen von oft über 50%. Dies gilt nicht nur für Mi-
49 lieuschutzgebiete. Die Energieeinsparverordnung
50 muss grundsätzlich überarbeitet werden um die
51 energiepolitischen Ziele mit den sozialen Erforder-
52 nissen in Einklang zu bringen. Bis es soweit ist, müs-
53 sen die Kosten für Mieter*innen auf ein Minimum
54 reduziert werden.
 - 55 • In sozialen Erhaltungsgebieten haben Bezirke die
56 Möglichkeit, bei Immobilienverkäufen ein Vor-
57 kaufsrecht, auch zugunsten dritter (z.B. städtischer
58 Wohnungsbaugesellschaften), auszuüben. Nur auf
59 diesem Weg kann ein sozial nachhaltig bewirt-

- 1 schafteter Immobilienbestand aufgebaut werden,
2 der die Bevölkerung und Wohnstruktur nachhaltig
3 vor Verdrängung schützt. Da im Rahmen des
4 Vorverkaufsrecht dem Käufer eine Abwendungs-
5 vereinbarung angeboten werden muss, müssen
6 die Ziele der sozialen Erhaltungsverordnung und
7 einer nachhaltigen Stadtentwicklung auch dort
8 umgesetzt sein.
- 9 • Die vielfältigen bezirklichen Aufgaben, die mit
10 der Durchsetzung der Vorgaben zur Einrichtung
11 und adäquater Betreuung von Milieuschutzgebie-
12 ten verbunden sind, erfordern eine Abkehr von der
13 bisherigen bezirklichen Personalpolitik. Eine aus-
14 schließlich auf Einsparpotenziale zielende Perso-
15 nalpolitik ist dazu nicht geeignet. Möglicherwei-
16 se muss dazu umgedacht werden: Übergangsweise
17 ist dem (sozialpolitisch orientierten) Milieuschutz
18 Priorität einzuräumen zulasten anderer den öffent-
19 lichen Raum gestaltenden Konzepte (z.B. die Aus-
20 weisung von Sanierungsgebieten), was u. U. per-
21 sonelle Umsetzungspläne erforderlich macht. Die-
22 se personellen Maßnahmen können je nach (sozia-
23 len) Konsolidierungsfortschritt sukzessive zurück
24 genommen
 - 25 • Berlin braucht bezahlbaren Wohnraum und benö-
26 tigt hierfür Bauflächen, einen größeren Wohnungs-
27 bestand in kommunaler Hand sowie die Innovati-
28 onskraft anderer Bauträger. Um städtische Woh-
29 nungsbaugesellschaften sowie gemeinwohlorien-
30 tierte und gemeinnützige Träger bei der Schaffung
31 von preisgünstigen Wohnungen zu helfen, sollte
32 das Land Berlin in Milieuschutzgebieten das Vor-
33 kaufsrecht zugunsten dritter nutzen und diese un-
34 ter bestimmten Voraussetzungen von der Grund-
35 erwerbsteuer befreien, um die gestiegenen Boden-
36 preise auszugleichen und die Spekulation einzu-
37 dämmen.
 - 38 • Ausnahmeregelungen führten in der Vergangen-
39 heit dazu, dass auch in Milieuschutzgebieten vie-
40 le Wohnungen trotz Verbot umgewandelt wurden.
41 Nach dem Bericht des Senats betraf dies 2015 in
42 Berlin 2022 Wohnungen. Insbesondere die Vorgabe,
43 dass umzuwandelnde Wohnungen binnen 7 Jah-
44 ren nur an den/die dort wohnende Mieter*in ver-
45 äußert werden dürfen, kann dazu führen, dass Ver-
46 mieter*innen Mieter*innen unter Druck setzen, aus-
47 zuziehen. Deshalb ist diese Ausnahmeregelung ab-
48 zuschaffen. [Darüber hinaus bringt die 7 Jahre Re-
49 gel nichts, die Zeitspanne kann einfach abgewartet
50 werden.]
 - 51 • Zwar ist es zu befürworten, Aufgaben den Bezirken
52 zuzuweisen – schließlich können die bezirklichen
53 Verwaltungen die Erfordernisse vor Ort eher ein-
54 schätzen als es die Senatsverwaltungen vermögen.
55 Das genügt aber nicht. Vielmehr muss der Aufga-
56 benerweiterung ein Fundament gegeben werden,
57 das ein Mix umfasst aus verbesserter finanzieller,
58 personeller-fachlicher und konzeptioneller Ausstat-
59 tung bzw. Begleitung. Wie bei den Bezirken (sie-

- 1 he 7) gilt auch hier: Eine ausschließlich auf Ein-
2 sparpotenziale zielende Personalpolitik ist nicht ge-
3 eignet, die Gestaltungsziele erreichen, die mit der
4 Einrichtung von Milieuschutzgebieten beabsichtigt
5 Dabei sollte die Senatsverwaltung für Stadtent-
6 wicklung ihre Richtlinienkompetenz nutzen, die Be-
7 zirke aufzufordern, auch personalpolitisch der so-
8 zialpolitischen Konsolidierung der Milieuschutzge-
9 biete Vorrang einzuräumen gegenüber anderen im
10 Baugesetz vorgesehenen Instrumenten der Raum-
11 entwicklung – etwa der Qualifizierung von Quartie-
12 ren zu Sanierungsgebieten.
- 13 • Die Erfahrung zeigt, dass bereits die Ausweisung als
14 Beobachtungsgebiet dazu führt, dass viele Eigentü-
15 mer*innen vermehrt Modernisierungen durchfüh-
16 ren lassen, bevor der Milieuschutz beschlossen wer-
17 den kann. Das bedeutet, die beschlossenen Maß-
18 nahmen kommen immer häufiger zu spät, Bauan-
19 träge und Umwandlungen sind bereits genehmigt,
20 die Ziele fast nicht mehr zu erreichen. Außerdem
21 führt die Einrichtung neuer sozialer Erhaltungsge-
22 biete zu einem erhöhten Verwertungsdruck auf die
23 Nachbargebiete, die Spekulation verlagert sich le-
24 diglich. Um schnell reagieren zu können, muss da-
25 für gesorgt werden, dass der Genehmigungsvorbe-
26 halt bereits bei den Voruntersuchungen zum Tra-
27 gen kommt.
 - 28 • Eigentümer*innen wenden oft gezielt die Umlage-
29 fähigkeit bestimmter baulicher Veränderungen an,
30 um Mieter*innen zum Auszug zu bewegen. Damit
31 die Ziele der sozialen Erhaltungsgebiete, die Zu-
32 sammensetzung der Wohnbevölkerung zu erhal-
33 ten, umgesetzt werden können, brauchen wir ver-
34 bindliche Mietobergrenzen, die sich an der Leis-
35 tungsfähigkeit der Mieter*innen orientieren.
 - 36 • Die Energieeinsparungsverordnung erlaubt dem
37 Vermieter, für den Bereich des vermieteten Wohn-
38 raums jährlich 11% der für die Wohnung aufgewen-
39 deten Modernisierungskosten dauerhaft auf die
40 Miete umzulegen. Da es im Baurecht jedoch kei-
41 nen Passus gibt, der die Mieter*innen vor unwirt-
42 schaftlichen und überflüssigen Modernisierungs-
43 maßnahmen schützt, übersteigen die auf die Miete
44 umlegbaren Kosten oft die möglichen Einspareffek-
45 te. Die Erfahrung zeigt, dass Vermieter*innen diese
46 rechtliche Lücke ausnutzen, um sich unwirtschaft-
47 liche Modernisierungsmaßnahmen, deren Kosten
48 kein adäquater Nutzwert gegenübersteht, durch
49 die Mieter finanzieren zu lassen. Oft wird die En-
50 ergieeinsparverordnung gezielt als Instrument ein-
51 gesetzt um Mieter*innen aus ihren Wohnungen zu
52 drängen, da sich bei Neuvermietungen deutlich hö-
53 here Preise erzielen lassen. Die Energieeinsparver-
54 ordnung muss dringend überarbeitet werden, um
55 die klima- und energiepolitischen Ziele mit sozia-
56 len Erfordernissen in Einklang zu bringen. Um die in
57 den sozialen Erhaltungsgebieten formulierten Ziele
58 nicht zu gefährden, sollte die Energieeinsparverord-
59 nung in den entsprechenden Gebieten ausgesetzt

1 werden.

2 **A10/II/2017**

3 **Abteilung 7 (Bellevue)**

4 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6

7 **Vermeidung von Doppelfunktionen**

8 Der SPD Landesverband Berlin / die SPD Berlin-Mitte
9 verpflichtet sich, unabhängig von statutarischen Rege-
10 lungen, zu vermeiden, dass künftig bei der Besetzung
11 von innerparteilichen Führungsfunktionen Doppel-
12 funktionen mit Öffentlichen Ämtern und Mandaten
13 entstehen.

14

15 **Begründung**

16 Personelle Doppelfunktionen sind zum einen verbun-
17 den mit einer hohen Belastung, die auf Kosten der
18 Bedürfnisse der Partei oder des öffentlichen Amtes
19 oder Mandats geht. Ein Landesvorsitzender, der gleich-
20 zeitig Regierender Bürgermeister oder Vorsitzender
21 der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus ist, kann nicht
22 dieselbe intensive Präsenz in der Partei gewährleis-
23 ten wie ein Parteimitglied mit geringerer zeitlicher
24 Beanspruchung im Beruf. Daraus folgt, dass viel we-
25 niger politische Strategien entwickelt oder angeregt
26 werden können und dass ein intensiver Dialog mit
27 den Parteimitgliedern nicht im gewünschten Umfang
28 realisiert werden kann. Zum anderen ist die mit diesen
29 Ämtern zwangsläufig verbundene Konzentration auf
30 die Umsetzung von konkretem Regierungs- und Verwal-
31 tungshandeln eher bremsend für kreative Initiativen
32 in der Partei, die Visionen für die Zukunft über die
33 tagespolitischen Notwendigkeiten einer Regierung und
34 Verwaltung hinaus entwickeln soll (Schiere im Kopf).
35 Auch können Interessenkonflikte zwischen Parteiamt
36 (z.B. Spenden einwerbender Kassierer) und einem
37 öffentlichen Amt (z.B. Bezirksbürgermeister, Senator)
38 nicht ausgeschlossen werden.

39 Dasselbe gilt auch für die Kreisebene in Berlin Mitte, wo
40 zwei Staatssekretäre in den geschäftsführenden Kreis-
41 vorstand gewählt worden sind, die sich grundsätzlich in
42 demselben Spannungsverhältnis befinden.

43 Angesichts der Tatsache, dass sowohl im Landesver-
44 band Berlin als auch im Kreisverband Mitte viele enga-
45 gierte und kluge Parteimitglieder organisiert sind, soll-
46 ten wir rechtzeitig umsteuern zu einer Personalpolitik,
47 die sowohl mit den Arbeitsressourcen Einzelner scho-
48 nender umgeht als auch die Chancen der Verbreiterung
49 der Personalauswahl beinhaltet. Das heißt, wir sollten
50 einen Appell starten, mit dem wir dafür werben, uns
51 selbst zu verpflichten, die Doppelfunktionen von Partei-
52 und Regierungsämtern drastisch zu reduzieren und mit
53 diesem Ansatz in die nächsten Partiewahlen starten.
54 Die Ausgangsposition für eine solche Politikverände-
55 rung ist im Moment besonders gut, weil es nach der
56 Wahl von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten eine

1 Aufbruchstimmung in der Partei gibt und sich durch
2 Neueintritte die personelle Situation zusätzlich verbes-
3 sert hat.
4 Die SPD braucht eine Diskussion um ihr Führungspersonal. Diese Diskussion sollte sachlich geführt werden,
5 weil es nämlich nicht primär darum geht, hinter wem jemand inhaltlich steht, sondern mit welchem Führungspersonal die SPD die größten Chancen hat, sich wieder
6 zu einer Partei mit Zukunftsstrategien zu entwickeln.
7
8
9

10 **A11/II/2017**

11 **Abteilung 5 (Tiergarten-Süd)**

12 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
13 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

14

15 **Schüler*innen-Haushalt auf die Landesebene**

16 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-
17 hauses und des Senats werden aufgefordert, sich
18 dafür einzusetzen, die erfolgreichen Erfahrungen in
19 Mitte mit dem Pilotprojekt „Schüler*innen-Haushalt“
20 aufzugreifen und ein Konzept für die landesweite
21 Etablierung zu erarbeiten und mit dem Koalitionspartner
22 abzustimmen.
23

24

24 **Begründung**

25 Der Schüler*innen-Haushalt ist ein sozialdemokrati-
26 sches Projekt im Bezirk Mitte. Schülerinnen und Schüler
27 haben solide Gelegenheit demokratische Strukturen
28 einzüben und gleichzeitig ihr direktes Lebensumfeld
29 mitzugestalten. Ein Schüler*innen-Haushalt an den
30 betreffenden Schulen stellt ein gewisses Budget zur
31 Verfügung, welches dafür bereitgestellt wird. Gerade
32 für neu teilnehmende Schulen bedarf es auch einer
33 Unterstützung /Begleitung für diese Schulen und die
34 dort Verantwortlichen.

35 Als pädagogisches Projekt der Demokratie-Erziehung ist
36 der Schüler*innen-Haushalt eine innere Schulangele-
37 genheit einzustufen. Für letztere ist jedoch die Landes-
38 ebene zuständig. Aufgrund der generellen Zuständig-
39 keit, als auch den positiven Erfahrungen in Mitte, soll
40 das Projekt in ein Regelangebot überführt werden. Dazu
41 bedarf es eines Konzeptes auf Landesebene und der Ab-
42 stimmung mit dem Koalitionspartner, sowie schließlich
43 eine Bereitstellung der Mittel im Haushalt.

44 **A12/II/2017**

45 **Abteilung 5 (Tiergarten-Süd)**

46 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
47 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

48

49 **Bezirksebene ernstnehmen, Fraktionen angemessen
50 ausstatten!**

51 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und
52 die sozialdemokratischen Mandatsträger*innen im

1 Abgeordnetenhaus, insbesondere der Senator für
2 Finanzen und die sozialdemokratischen Mitglieder im
3 Haushaltsausschuss, werden aufgefordert sich dafür
4 einzusetzen, dass den Fraktionen in den Bezirksverord-
5 netenversammlungen ausreichend Personalmitteln für
6 eine zeitgemäße Aufgabenerfüllung zur Verfügung ge-
7 stellt werden. Eine Beschäftigung von Referent*innen
8 ist dabei – in Abhängigkeit von der Fraktionsgröße–
9 künftig zu ermöglichen. Sozialdemokratische Grund-
10 sätze von guter Arbeit und guter Entlohnung sind
11 dabei zu berücksichtigen. Die gesetzliche Grundlage
12 für die entsprechenden pauschalen Personalmittel
13 zur Beschäftigung von Mitarbeiter*innen sind dem-
14 entsprechend neu zu fassen und dabei künftig wieder
15 dynamisch zu gestalten.

16

17 **Begründung**

18 Es ist die Aufgabe der Bezirksverordnetenversammlung
19 die Bezirksämter zu kontrollieren und Verwaltungshan-
20 deln anzuregen. Die gegenwärtige Personalausstattung
21 – festgelegt in §8a (4) BzVEG ist jedoch unzureichend,
22 gerade mit Blick auf die Größe der zu betreuenden
23 politischen Einheit.

24 Bekanntermaßen umfasst die unterste administrative
25 Ebene – die Berliner Bezirke – regelmäßig eine Einwoh-
26 nerschaft von über 300 Tausend und ist mithin ver-
27 gleichbar mit anderen deutschen Großstädten. Letz-
28 tere haben jedoch regelmäßig eine zusätzliche flä-
29 chendeckende Unterstruktur (z.B. Stadtteil-, Ortsbeirä-
30 te, -parlamente, -ausschüsse, -versammlungen o.ä.), an
31 welche Einwohner*innen mit ihren Anliegen herantre-
32 ten können. Eine solche fehlt in Berlin unterhalb der
33 Bezirksebene, womit im Durchschnitt die Anliegen von
34 mehreren Tausend Einwohner*innen auf je eine/n Be-
35 zirksverordnete/n entfallen. Eine erfolgreich gewissen-
36 hafte Aufgabenerfüllung ist nur möglich, wenn Bezirks-
37 verordnete sich auf den Kern ihres Ehrenamtes fokus-
38 sieren können und von Nebenaufgaben möglichst weit
39 entlastet werden.

40 Daher sieht das BzVEG [Bezirksverordnetenentschädi-
41 gungsgesetz] neben allgemeinen Zuschüssen an die
42 Fraktionen auch zusätzlich Personalmittel für die Be-
43 schäftigung von Mitarbeiter*innen vor. Die gegenwär-
44 tige Regelung ist jedoch ungenügend mit Blick auf die
45 erforderlichen Personalstunden in angemessener Ein-
46 gruppierung. Dies ist umso problematischer vor dem
47 Hintergrundsteigender Anforderungen an die Qualität
48 der politischen Arbeit auf unterster Ebene.

49 Das Abgeordnetenhaus hat über die letzten Jahre die
50 Notwendigkeit einer Professionalisierung von Politik
51 und einer hauptamtlichen Unterstützung von Man-
52 datsträger*innen erkannt und entsprechende Maßnah-
53 men eingeleitet (Einrichtung Wahlkreisbüros, Anhe-
54 bung Mitarbeiter*innenpauschale). Diese Schritte wa-
55 ren wichtig, richtig und überfällig. Allerdings hat die
56 neue Zugänglichkeit über Mitarbeiter*innen in Wahl-
57 kreisbüros auch erfreulicherweise zu einem erhöhten
58 Interesse auf Seiten von Bürger*innen geführt. Häufig
59 werden allerdings Anliegen vorgebracht, welche in die

1 bezirkliche Zuständigkeit fallen. Dies hat einen weiter
2 gestiegenen Arbeitsaufwand bei den Fraktionen zur Fol-
3 ge. Auch das Interesse an Einwohner*innenanfragen ist
4 gestiegen, auch diese bedürfen einer entsprechenden
5 Nacharbeit. Schließlich haben sich über die letzten Jah-
6 re die Anforderungen an gute, zeitnahe und nachvoll-
7 ziehbare Außenkommunikation – insbesondere über
8 das Internet – deutlich verändert. Bürger*innen erwar-
9 ten ernst genommen zu werden und zügig brauchbare
10 Antworten zu erhalten. Deshalb sind künftig neben Ver-
11 waltungskräften auch Referent*innen angemessen bei
12 der Mittelzuweisung für Personal zu berücksichtigen.
13 Bei einer Neufassung der Vorschriften sollte künftig wie-
14 der wie in früheren Gesetzesfassungen dynamische
15 Werte (über Anbindung an andere sich im Zeitver-
16 lauf verändernde Größen, beispielsweise den Tarifver-
17 trag des öffentlichen Dienstes, die Grundaufwands-
18 entschädigung von Abgeordneten oder die Mitarbei-
19 ter*innenpauschale von MdAs) verwendet werden. An-
20 dernfalls wären Fraktionsmitarbeiter*innen entweder
21 von Tarifsteigerungen automatisch abgehängt oder
22 könnten diese nur indirekt über eine Reduktion der Ar-
23 beitszeit erhalten.

24 **A13/II/2017**

25 **Jusos Mitte**

26 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
27 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

28

29 **Die Ausländerbehörde jetzt grundlegend verbessern!**

30 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des
31 Abgeordnetenhouse sowie der zuständigen Senatsver-
32 waltung auf, Maßnahmen zu ergreifen, sodass die Aus-
33 länderbehörde Berlins umgehend verbessert wird!

34 Wir fordern:

- 35 • eine nachhaltige und bedarfsgerechte Aufstockung
36 des Personals, um allen Menschen einen zeitnahen
37 Termin zu gewährleisten;
- 38 • eine bauliche Erweiterung der Standorte, welche
39 zudem barrierefrei erreichbar sein müssen;
- 40 • eine Überprüfung aller Informationen sowie einen
41 transparenten Umgang in der Beratung;
- 42 • eine Weiterführung des Angebots von Sprachkur-
43 sen für Beamt*innen und die Beschäftigung von
44 sprachkompetentem Personal;
- 45 • ein unabhängiges Gremium, das diese Punkte re-
46 gelmäßig evaluiert und begleitet.

47 **Begründung**

48 Als größte Ausländerbehörde Deutschlands, die Hun-
49 derttausende Anträge jedes Jahr bearbeiten muss, darf
50 es nicht sein, dass die Berliner Ausländerbehörde so ver-
51 nachlässigt wird, sodass seit Jahren das Personal über-
52 fordert ist und Ausländer*innen teilweise unmensch-
53 lichen Bedingungen vorfinden und schlecht behandelt
54 werden. Jede Nacht, in den frühen Morgenstunden,
55 stellen sich Dutzende von Ausländer*innen in langen
56 Schlangen vor den Standorten der Ausländerbehörde

1 an, um einen der wenigen freien Termine zu erhalten.
2 Im Online-Portal, wo die Termine gebucht werden soll-
3 ten, findet man kaum verfügbare Termine und da es sich
4 um heikle Situationen handelt, die eilig geregelt wer-
5 den müssen, ist die einzige Möglichkeit, sich mitten in
6 der Nacht in den langen Schlangen anzustellen. Meis-
7 tens stehen die Menschen viele Stunden auf der Straße,
8 oft auch in der Kälte und im Regen. Aber nicht alle, die
9 dort warten, werden bedient. Die Zahl der angenomme-
10 nen Menschen ist für jeden Tag beschränkt, viele müs-
11 sen dann in der nächsten Nacht noch früher da sein, um
12 es wieder zu versuchen.

13 Die, die es schaffen, werden noch mit inkohärenten und
14 widersprüchlichen Informationen konfrontiert. Oft gibt
15 es Berichte von Fällen, bei denen das Personal Auskün-
16 fte mitteilte, die den Informationen der Website völlig
17 widersprachen. Oft erfahren Ausländer*innen von not-
18 wendigen Dokumenten nur bei Präsenz-Termin, wäh-
19 rend diese wichtigen Informationen online nirgendwo
20 zu finden waren. Was alles noch erschwert, ist, dass vie-
21 le Beamt*innen nur wenig Englisch sprechen, geschwei-
22 ge denn eine andere Fremdsprachen beherrschen, um
23 verständlich mit den Betroffenen zu reden. Das führt
24 zu Kommunikationsproblemen, die das ganze Verfah-
25 ren nur weiter verzögern.

26 Man darf hier aber nicht vergessen zu erwähnen, dass
27 schon vieles für eine Verbesserung der Ausländerbe-
28 hörde getan wurde. Neue Standorte wurden errich-
29 tet, mehr Personal wurde eingestellt und Sprachkurse
30 für Beamt*innen wurden angeboten. Damit "Willkom-
31 menskultur" tatsächlich Realität wird, muss aber noch
32 vieles Weitere umgesetzt werden. Große Anstrengun-
33 gen sind nötig, um die Arbeit mit mehr Effizienz durch-
34 zuführen, und zwar solange, bis es nicht mehr notwen-
35 dig ist, sich morgens unter unmenschlichen Bedingun-
36 gen um einen Termin zu bemühen.

37 Die schon durchgeführten Initiativen sollen weiterge-
38 führt werden, mit Blick auf eine wirksame "Willkom-
39 menskultur" und eine problemlose Kommunikation.

40 Um die notwendige Effizienz zu erreichen, muss man
41 sich aber schnellstmöglich und intensiv darum küm-
42 mern, dass wesentlich mehr Termine zur Verfügung ge-
43 stellt werden und dass alle Informationen, die gegeben
44 werden, vollständig und kohärent sind, sodass sich die
45 Verfahren reibungslos verlaufen können und die langen
46 Schlangen so nicht mehr nötig werden.

47 Eine echte "Willkommenskultur", in der man Auslän-
48 der*innen mit Respekt, Kompetenz und ohne jede Art
49 von Diskriminierung empfängt, ist nicht nur besonders
50 wichtig für die spätere Integration. Es ist auch eine Fra-
51 ge der Menschlichkeit unserer Stadt, es geht darum, wie
52 wir hier mit Menschen umgehen.

1 **A14/II/2017**

2 **Jusos Mitte**

3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Lehrkräftemangel war gestern – Für eine zukunftsorientierte Lehramtsausbildung!**

7
8 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Abgeordnetenhausfraktion und der zuständigen Senatsverwaltung werden aufgefordert, sich schnellstmöglich für eine Verbesserung der Lehramtsausbildung in Berlin einzusetzen und diese angemessen zu reformieren. Ganz konkret müssen folgende Forderungen berücksichtigt und umgesetzt werden:

15 *Für eine Berliner Bildungsallianz – Studienplatzgarantie für Lehramt*

17 Die wachsende Stadt Berlin braucht eine neue Bildungsoffensive. Zwar ist Berlin eines der wenigen Bundesländer, das die Lehrkräfte nicht verbeamtet, sondern anstellt. Um dennoch Anreize für eine Tätigkeit in Berlin zu schaffen, liegen die Einstiegsgehälter auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Trotzdem braucht Berlin dringend neue Lehrkräfte. Der Lehrkräftemangel hat sich nämlich in den letzten Jahren verschärft. Dieser Umstand hat natürlich mehrere Gründe. Neben dem kontinuierlichen Anstieg schulpflichtiger Kinder bzw. Jugendlicher und den Pensionierungswellen, kann ein allgemeiner Mangel an Ausbildungsplätzen als Ursache herangezogen werden. Letzteres ist das Resultat zweier Punkte: 1. Seit Jahren ist ein nicht ausreichendes Angebot für das Grundschullehramt an den Berliner Hochschulen zu verzeichnen. Einerseits gibt es an den Berliner Hochschulen die Tendenz, vorrangig Lehramtsstudierende für die weiterführenden Schulen auszubilden. Dies führte zu einer beschränkten Kapazität für die Lehramtsausbildung im Grundschulbereich. Andererseits ist das ein strukturelles Problem der Landespolitik. Die Hochschulen Berlins sind verpflichtet, ihr Studienangebot für das Lehramt mit der zuständigen Senatsverwaltung für Bildung abzustimmen („Hochschulverträge“). Da dies oft im Sinne einer schnellen Überbrückung des allgemeinen Lehrkräftemangels geschah und eben hauptsächlich den Bedarf an Lehrer*innen an weiterführenden Schulen decken sollte, wurden viele am Studium für das Lehramt an Grundschulen Interessierte nicht berücksichtigt. 2. Viele entschieden sich aber auch gegen das Grundschulstudium aus finanziellen Gründen. Es bestand bzw. besteht ein nicht unerheblicher Lohnunterschied zwischen dem Grundschullehramt und Lehramt an Gymnasien. ‘Bestand’ daher, weil zu dem Schuljahr 2017/18 das Gehalt neu eingestellter Lehrer*innen an das der Gymnasiallehrkräfte angeglichen wurde. ‘Bestehen’ insofern, weil von dieser Regelung bereits angestellte Lehrkräfte sowie in diesem Bereich tätige Quereinsteiger*innen sowie sog. „LuKs“, also langjährige Horterzieher*innen mit DDR-Lehrerausbildung für untere Klassen. Hier muss es Nachbesserung geben. Wir uns ist klar: gleiche Arbeit

1 bedeutet gleicher Lohn! Ein Auspielen der verschiede-
 2 denen Lehramtstypen führt letztlich zu einem Zwei-
 3 Klassen-Bewusstsein. Egal, ob Quereinstieg oder “klas-
 4 sisches” Lehramtsstudium: Guter Unterricht hängt von
 5 vielen Faktoren ab, welche sich erst bei aktiver Aus-
 6 übung des Berufes herausstellen. Daher sollte nicht die
 7 Frage sein, wie jemand ausgebildet wurde, sondern wie
 8 diese Person unterrichtet. Dass dabei der Lohn für alle
 9 gleich sein muss, gilt als Ausgangspunkt eines respekt-
 10 vollen Umgangs mit sowie Wertschätzung für die Be-
 11 rufsgruppe insgesamt.

12 **Daher fordern wir:**

- 13 • **ein angemessenes, zukunftsorientiertes Angebot**
 14 **an Studienplätzen an den Berliner Hochschulen,**
 15 **das in einem engen Dialog mit dem Senat, den**
 16 **Hochschulen sowie der Gewerkschaft GEW entwi-**
 17 **ckelt und die zukünftige Entwicklung in diesem Be-**
 18 **berufsfeld entsprechend berücksichtigt. Dabei spie-**
 19 **len die Herausforderungen der Berliner Bildungs-**
 20 **landschaft eine ernstzunehmende Rolle, wodurch**
 21 **eine Bemessung der Quoten für die Bereitstellung**
 22 **von Lehramtsstudiengängen halbjährig zu evaluie-**
 23 **ren ist und für das kommende Semester entspre-**
 24 **chend aktualisiert werden muss;**
- 25 • **eine Studienplatzgarantie für alle Lehramtsstudi-**
 26 **engänge. Dies gilt sowohl für Bachelor- als auch für**
 27 **den Übergang in den Master.**

28
 29 *Lehramtsausbildung reformieren!*

30 Wie bereits erwähnt, reagiert Berlin auf den Lehrkräfte-
 31 mangel mit der Einstellung von Quereinsteiger*innen.
 32 Diesen Schritt auch weiterhin zu gehen, so wie es sei-
 33 tens der Senatorin für Bildung verkündet wurde, ist
 34 ein in der jetzigen Situation richtiger Ansatz. Nur müs-
 35 sen dafür weitere Aspekte berücksichtigt werden. All-
 36 gemein kann unter Quereinsteiger*in eine Person mit
 37 abgeschlossenem Studium verstanden werden, die eine
 38 berufsbegleitende Ausbildung absolviert und dann ei-
 39 ne Staatsprüfung bestehen muss. Zur Orientierung: von
 40 den in diesem Jahr rund 3000 neu eingestellten Lehr-
 41 kräften sind 1247 aus anderen Berufen in die Schulen
 42 gewechselt. Erfreulich ist daran, dass alle freien Stel-
 43 len im Land besetzt werden konnten. Von dieser Grup-
 44 pe fanden viele den Weg in die Grundschulen. In die-
 45 sem Jahr startete zudem der sog. Q-Master – ein spe-
 46 zieller Masterstudiengang für Quereinsteiger*innen –
 47 in dem grundlegende didaktische sowie erziehungswis-
 48 senschaftliche Inhalte vermittelt werden. Vorausset-
 49 zungen für diesen zweijährigen Master, für den im Win-
 50 tersemester lediglich 30 Studierende zugelassen wur-
 51 den, ist allerdings ein Hochschulabschluss (kein Kom-
 52 bibachelor!) mit insgesamt 110 ECTS in zwei relevan-
 53 ten Fächern; davon mind. 20 ECTS im zweiten Fach.
 54 Darüber hinaus können nur folgende Unterrichtsfächer
 55 studiert werden: Für das Erstfach verpflichtend ent-
 56 weder Informatik, Mathematik, Physik, Englisch, Fran-
 57 zösisch, Italienisch oder Spanisch sowie ausschließlich
 58 Deutsch oder Geschichte im Zweitfach. Dieses Ange-
 59 bot richtet sich nach sogenannten “Mangelfächern”;

1 also Fächer, für die es weniger Absolvent*innen gibt,
 2 um den aktuellen Bedarf an den Schulen zu decken.
 3 Zwar ist der Schritt, einer flexibleren Lehramtsausbil-
 4 dung zu begrüßen, dennoch ist auffallend, dass hier
 5 keine explizite pädagogische Differenzierung zwischen
 6 den verschiedenen Schultypen stattfindet; vor allem
 7 muss an dieser Stelle eine Beachtung grundschulpäd-
 8 agogischer Konzepte erfolgen. Darüber hinaus muss der
 9 Quereinstieg eine gesonderte Betreuung erfahren, da
 10 die regulären Studiengänge eine erste praktische Pha-
 11 se von einem Semester vorsehen, im Rahmen dessen
 12 ein Einleben in die Rolle der Lehrkraft ohne Leistungs-
 13 bzw. Notendruck gewährleistet ist („Praxissemester“
 14 als Teil des Masterstudiums). Diese Erfahrung fehlt den
 15 Q-Masterstudierenden. Daher muss eine entsprechen-
 16 de Betreuung im Kontext eines Mentoring-Programmes
 17 konzipiert werden, das ggf. auftretende Schwierigkei-
 18 ten und Probleme während der Praxiserfahrung im Vor-
 19 bereitungsdienst besprechen und lösen kann. Auch hier
 20 bedarf es mehr Kapazitäten an den Schulen. Vor al-
 21 lem sollten dabei alle Schultypen, vor allem Grund-
 22 und Berufsschulen, gestärkt werden, sodass auch An-
 23 reize in Form von Lohn, flexibler Arbeitszeit (Reduktion
 24 der Pflichtpräsenz) sowie Qualifizierungsangebote ge-
 25 schaffen werden. Außerdem darf es keine Lohnunter-
 26 schiede zwischen Quereinsteiger*innen und deren Kol-
 27 leg*innen geben.

28 **Daher fordern wir:**

- 29 • **die Bildungsoffensive im Land Berlin an vielen Stel-**
 30 **len zu stärken. Darunter verstehen wir die Öff-**
 31 **nung der Lehramtsausbildung. Der Q-Master muss**
 32 **um einen Q-Grundschulmaster und mit deutlich**
 33 **mehr Studienplätzen ergänzt werden. Darüber hin-**
 34 **aus sollen auch Studierende mit Kombibachelor**
 35 **die Möglichkeit haben, sich dafür erfolgreich ein-**
 36 **zuschreiben. Die strikte Fächerbindung lehnen wir**
 37 **ab! Gerade Berufsschulen können von Querein-**
 38 **steiger*innen profitieren. Hier müssen Anreize ge-**
 39 **schaffen werden, dass insgesamt mehr Lehrkräfte**
 40 **eingesetzt werden;**
- 41 • **die didaktisch-pädagogische Qualität – gerade**
 42 **für Quereinsteiger*innen – an allen Schulen zu**
 43 **sichern. Dies kann nur anhand einer angemess-**
 44 **enen Mentoring- und Feedbackkultur, die in**
 45 **Zusammenarbeit mit den verschiedenen Gruppen**
 46 **(Schüler*innenvertretung, Lehrkräften, Schul-**
 47 **leitung, Gewerkschaften, Senatsverwaltungen)**
 48 **entwickelt wird. Dabei muss ein Mentoringpro-**
 49 **gramm (Betreuung) sichergestellt werden;**
- 50 • **die finanzielle Anpassung von allen Lehrenden, oh-**
 51 **ne Ausnahme. Das bedeutet, dass die Anhebung**
 52 **des Gehalts aller Lehrer*innen auf E13 Berliner Rea-**
 53 **lität werden muss. Darunter fallen auch die sog.**
 54 **LuK-Lehrkräfte. Eine allgemeine Anerkennung des**
 55 **Berufes darf nicht aufgrund der verschiedenen Bil-**
 56 **dungsvläufe (in unterschiedlichen Systemen) er-**
 57 **folgen. Die praktische Tätigkeit muss klar im Vor-**
 58 **dergrund stehen. Nachsichtiges politisches Han-**
 59 **deln heißt auch, Lohngerechtigkeit für alle Lehr-**

- 1 **kräfte durchzusetzen;**
 2 • **eine schnelle Eingliederung von Lehrkräften aus an-**
 3 **deren Bundesländern, die dort verbeamtet waren,**
 4 **auf Grundlage des in Berlin geltenden Lohns zu**
 5 **gewährleisten. Das langfristige Ziel muss ein flä-**
 6 **chendeckendes Gehalt für alle Bundesländer sowie**
 7 **die Abkehr vom Beamtenstatus sein, dessen Kern**
 8 **dem Grundsatz eines solidarischen Verständnisses**
 9 **des qualitativ hochwertigen Lehrberufs entgegen-**
 10 **steht.**

11
 12 *Den Vorbereitungsdienst endlich stärker an die Lebens-*
 13 *welt der Referendar*innen ausrichten!*

14 Die strukturellen Probleme Berlins in der Bildung sind
 15 im Kern hausgemacht. Viel zu lange wurden die bil-
 16 dungspolitischen Realitäten ausgeblendet, Sparmaß-
 17 nahmen wohlwissend um deren fatale Folgen durch-
 18 gesetzt und eine politische Neuausrichtung nicht mu-
 19 tig genug verfolgt. Damit muss Schluss sein! Bildung
 20 ist eines der zentralsten Elemente unserer Gesellschaft.
 21 Nur durch Bildung können Menschen befähigt werden,
 22 selbstbestimmt zu leben. Daher muss die Politik alles
 23 daran setzen, die bestmöglichen Voraussetzungen zu
 24 garantieren. Ein hier angesprochener Bereich umfasst
 25 die Lehrenden und deren Ausbildung. Es ist höchste Zeit
 26 die strukturellen Voraussetzungen zu reformieren. Ge-
 27 rade in der Planung und Bereitstellung der Studienplät-
 28 ze für Lehramtsstudierende muss entsprechend schnell
 29 gehandelt werden. Die in diesem Jahr beschlossenen
 30 Hochschulverträge für die kommenden fünf Jahre se-
 31 hen eine Erhöhung der Studienplätze auf insgesamt
 32 2000 vor. Das ist in Anbetracht der in den nächsten Jah-
 33 ren dringend benötigten und nicht verfügbaren Lehr-
 34 kräfte – Prognosen sagen, dass zwischen 40.000-50.000
 35 Lehrer*innen bundesweit fehlen werden, um eine an-
 36 gemessene Beschulung zu gewährleisten – fatal. Viel-
 37 mehr müssen Möglichkeiten eruiert werden, sodass auf
 38 finanzielle Spielräume jährlich (flexibel!) zurückgegrif-
 39 fen werden kann und die Hochschulen die Studienplät-
 40 ze individuell von Jahrgang zu Jahrgang erhöhen kön-
 41 nen. Fest steht: 2000 Plätze decken den Bedarf bei Wei-
 42 tem nicht!

43 Bei all den Diskussionen über einen schnelleren Einsatz
 44 von Lehrer*innen in den Schulen darf die Qualität der
 45 Ausbildung nicht herabgesetzt werden. Das bedeutet,
 46 einerseits die Dauer des Vorbereitungsdienstes auf dem
 47 aktuellen Stand von 18 Monaten zu belassen und keine
 48 Kürzung vorzunehmen, wie es bspw. andere Bundeslän-
 49 der vorhaben oder bereits umgesetzt haben. Darüber
 50 hinaus muss sich die Betreuung während des Vorberei-
 51 tungsdienstes verbessern. Viele Schulen haben Schwie-
 52 rigkeiten, die ohnehin dringend benötigten Fachlehr-
 53 kräfte für die Betreuung der Referendar*innen abzu-
 54 stellen. Hier müssen Schulen, Hochschulen, Senatsver-
 55 waltungen und die Bundesebene zusammenarbeiten.
 56 Die Praxiserfahrung zählt zu den wichtigsten Momen-
 57 ten in der Lehramtsausbildung. Gerade hier dürfen Ein-
 58 stieger*innen nicht allein gelassen werden. Das bedeu-
 59 tet auch, die Lebensentwürfe individuell zu berücksich-

1 tigen. Die Möglichkeit eines Referendariats in Teilzeit
2 stellt dabei einen wichtigen, wenn auch nicht konse-
3 quent zu Ende gedachten Schritt dar. Obwohl es die
4 Möglichkeit seitens des Landes Berlin gibt, den Vorbe-
5 reitungsdienst in Teilzeit zu absolvieren, bestehen noch
6 immer Hindernisse. So ist eine Teilzeitbeschäftigung
7 derzeit für "Beamte auf Widerruf" nicht möglich, weil
8 beamtenrechtliche Vorschriften dem entgegenstehen
9 würden. Bewerber*innen für den Vorbereitungsdienst,
10 die diesen in Teilzeit absolvieren möchten, können je-
11 doch in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsver-
12 hältnis beschäftigt werden. Dies würde aber eine redu-
13 zierte Unterhaltsbeihilfe von 75% des regulären Betrags
14 und die Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen
15 bedeuten. Oft sind Frauen von dieser Regelung betrof-
16 fen, die eine Teilzeit-Option wählen, da sie sich neben
17 der beruflichen Ausbildung noch um die Kinder und Fa-
18 milie kümmern. Gerade hier sollte ein klares Signal ge-
19 sendet werden, um Betroffenen eine maßgebliche Un-
20 terstützung zu ermöglichen.

21 **Daher fordern wir:**

- 22 • eine jährliche Bemessung der Studienplätze für
23 Lehramtsstudierende unter Supervision der Senats-
24 verwaltung Bildung, wobei die Gewichtung des An-
25 gebots sich nach der aktuellen Entwicklung des Be-
26 darfs richtet;
- 27 • die Anhebung der Beiträge des Vorbereitungs-
28 dienst in Teilzeit auf das Niveau der Vollzeit sowie
29 vollständige Übernahme der Sozialversicherungs-
30 beiträge durch das Land Berlin;
- 31 • die Betreuung im Rahmen des Referendariats flä-
32 chendeckend zu gewährleisten. Dafür müssen na-
33 türlich Lehrkräfte abgestellt werden. Diese sol-
34 len neben Entlastungsstunden auch eine finanzia-
35 le Entschädigung erhalten. Sinnvoll wären auch
36 Modelle, die Teilzeit-Lehrkräfte mit einschließen.
37 Es soll daher eine Expert*innengruppe mit Vertre-
38 ter*innen aller Bereiche eingesetzt werden, die die
39 Be- und Entlastung aller Ausbildungsschulen unter-
40 sucht und ein Modell der Kooperation zur Betreu-
41 ung von Referendar*innen entwickelt;
- 42 • dass die Dauer des Vorbereitungsdienstes die Aus-
43 bildungsqualität nicht beeinträchtigt. Eine Kürzung
44 im Sinne einer schnelleren Verfügbarkeit der
45 Lehrkräfte lehnen wir ab. Zudem fordern wir eine
46 lückenlose Umsetzung des modularen Aufbaus des
47 Referendariats: die zur Endnote benötigten Leis-
48 tungen können im Rahmen unterschiedlicher Prü-
49 fungsformen (bspw. Referat, Hausarbeit, mündl.
50 Gespräch) erfolgen und orientieren sich dabei an
51 den lebensweltlichen Kontexten sowie individuel-
52 len Bedürfnissen der Referendar*innen.

1 **A15/II/2017**

2 **Jusos Mitte**

3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

6

7 **Autoverkehr – aber bitte klimafreundlich! oder Die Zu-**
8 **kunft ist elektrisch!**

9 Die Sozialdemokratie bedarf einer erneuerten umwelt-
10 politischen Ausrichtung, die sich nicht an Konzerninter-
11 essen, sondern an die Einhaltung klima-sowie umwelt-
12 politischer Standards orientiert.

13 Daher fordern wir:

- 14 • Umweltschädliche Subventionen verhindern eine
15 klimagerechte Verkehrspolitik und müssen deshalb
16 sukzessive abgebaut werden. Das Privileg für den
17 Dieselmotorkraftstoff bei der Mineralölsteuer wird abge-
18 schafft;
- 19 • Die Schadstoffgrenzen müssen eingehalten und
20 Elektromobilität vorangetrieben werden. Ab 2035
21 werden keine Neuwagen mit Verbrennungsmotor
22 in Deutschland zugelassen. Die dafür notwendige
23 Infrastruktur muss jetzt geschaffen werden;
- 24 • Die Automobilhersteller*innen müssen für das Er-
25 reichen der Umwelt- und Klimaziele im Verkehrs-
26 sektor in die Pflicht genommen werden. Autos, die
27 die Grenzwerte auf der Straße nicht einhalten, müs-
28 sen auf Kosten der Konzerne nachgebessert und wo
29 nötig umgetauscht werden;
- 30 • Eine verbindliche Elektromobilitätsquote soll un-
31 verzüglich sowohl in Deutschland als auch in der
32 Europäischen Union eingeführt werden. Diese wird
33 von einem Expert*innengremium jährlich evaluiert
34 und an die Entwicklung angepasst. Somit werden
35 Innovationen stärker vorangetrieben;
- 36 • Für eine wirksame Verkehrswende muss Mobilität
37 auch jenseits des motorisierten Individualverkehrs
38 gestaltet werden. Der ÖPNV und der Radverkehr
39 sind daher sowohl in urbanen als auch ländlichen
40 Regionen echte Alternativen zum Auto auszubauen.
41 Des Weiteren sollen Ansätze zur Reduzierung
42 des Autoverkehrs gefördert werden.

43 **Begründung**

44 Auf dem Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft ist
45 Deutschland entgegen mancher Behauptungen kein
46 Vorreiter. Bestes Beispiel hierfür ist der CO₂-Ausstoß,
47 welcher im letzten Jahr nicht reduziert wurde, son-
48 dern sogar wieder anstieg. Die Umweltbelastungen ei-
49 ner nicht nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise
50 senken die Lebensqualität – besonders zukünftiger Ge-
51 nerationen. Während im Bereich der erneuerbaren En-
52 ergien bereits viele Fortschritte erreicht werden konn-
53 ten, wird die zur Erreichung der Pariser Klimaziele not-
54 wendige Verkehrswende aktuell nicht entschieden an-
55 gepackt. Dabei müssten hier dringend die Weichen für
56 eine nachhaltige Verkehrspolitik gestellt werden.

57 Wichtige Instrumente nachhaltiger Mobilität sind der
58 Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sowie

1 des Fuß- und Radwegenetzes. Der Manipulationskandal
 2 seitens der Automobilindustrie zeigt aber auch, dass
 3 der motorisierte Individualverkehr in seiner jetzigen
 4 Form wesentlich zu der schlechten Klimabilanz beiträgt
 5 und somit keine Zukunft mehr hat.
 6 Der Transformationsprozess weg vom Verbrennungs-
 7 motor ist bereits in vollem Gange. Durch die rasante
 8 Entwicklung elektrischer Antriebe und digitaler Ange-
 9 bote stellt sich diese Frage nach Alternativen zuneh-
 10 mend dringender. Dieser Wandel muss gestaltet wer-
 11 den! Während in Europa bereits viele Länder wie Nor-
 12 wegen, Frankreich und Großbritannien mittelfristig kei-
 13 ne Neuwagen mit Verbrennungsmotoren mehr zulassen
 14 wollen, werden in Deutschland die Augen vor der
 15 Entwicklung in Richtung Elektromobilität verschlossen.
 16 Unmittelbar betroffen von den verfehlten Planungen
 17 sind die Bewohner*innen von Städten und großen Ver-
 18 kehrsstraßen, denn ihre Gesundheit wird damit aufs
 19 Spiel gesetzt. Da seitens der Gesetzgeber*innen bisher
 20 zu wenig für die Einhaltung der Schadstoffgrenzen ge-
 21 tan wurde, drohen in vielen Städten Fahrverbote per Ge-
 22 richtsbeschluss. Dies geht wiederum vor allem zu Las-
 23 ten von kleinen und mittleren Betrieben und Menschen,
 24 die sich keine kurzfristigen Umrüstungen leisten kön-
 25 nen. Es ist das Ergebnis einer Verkehrsplanung zu Gun-
 26 sten der Automobilbranche. Für eine klima- und sozial
 27 gerechte Verkehrspolitik sind jedoch weitreichende Ver-
 28 änderungen zwingend notwendig. Das bisherige fos-
 29 sile Geschäftsmodell der deutschen Autobauer*innen
 30 braucht eine zeitliche Begrenzung. Nur wenn der Ver-
 31 brennungsmotor ein konkretes Enddatum erhält, wird
 32 notwendige Kreativität freigesetzt und der Innovations-
 33 geist geweckt, mit denen die Konzerne ihr Geschäfts-
 34 modell so umbauen können, dass sowohl das Klima ge-
 35 schützt wird als auch Arbeitsplätze erhalten bleiben.
 36 Die hohen Subventionen für die dadurch niedrig gehal-
 37 tenen Dieselpreise können viel besser für nachhaltige
 38 Mobilitätskonzepte genutzt werden.

39 **A16/II/2017**

40 **Jusos Mitte**

41 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

42 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

43

44 **Wohnungslosigkeit verhindern!**

45 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Abgeordne-
 46 tenhausfraktion sowie der zuständigen Senatsverwal-
 47 tung werden aufgefordert, die Situation der Woh-
 48 nungslosigkeit in Berlin entschieden zu verbessern.

49 Konkret fordern wir:

- 50 • den Ausschluss von Traglufthallen als Notunter-
 51 künfte. Wohnungslose haben ein Recht auf lebens-
 52 würdige Schlafplätze. Daher fordern wir einen er-
 53 heblichen Anstieg von sozialen Wohnungsbauten;
- 54 • einen deutlicher Ausbau der Notübernachtungs-
 55 plätze für Frauen* und Kinder; Bereitstellung von
 56 ganztägigen Not- und Übergangsunterkünften in

- 1 jedem Bezirk ausschließlich für Familien, unabhäng-
 2 gig vom Aufenthaltsstatus;
 3 • die Einführung einer amtlichen Statistik über Woh-
 4 nungslosigkeit in Berlin, inkl. der Erfassung von Kin-
 5 dern im Haushalt.
 6 • ein Räumungsverbot von Haushalten.

7 Weiterhin fordern wir:
 8 Die ehrenamtlichen Nachtcafés bieten eine wichtige
 9 Anlaufstelle für Wohnungslose. Sie müssen finanziell
 10 und personell unterstützt werden. Dasselbe gilt für
 11 weitere ehrenamtliche Strukturen und Angebote für
 12 Menschen ohne geklärte Ansprüche.

14 **Begründung**

15 Wohnungslosigkeit ist für viele nicht-betroffene Bür-
 16 ger*innen unsichtbar. Im Gegensatz zu Menschen,
 17 die obdachlos sind und Unterschlupf in öffentlichen
 18 Plätzen im Freien suchen, haben wohnungslose Men-
 19 schen zumeist ein Dach über dem Kopf, aber nicht ihr
 20 eigenes. Es sind Menschen, die keinen mietvertraglich
 21 abgesicherten Wohnraum besitzen und übergangs-
 22 weise bei Verwandten, Freund*innen, Bekannten oder
 23 in staatlichen Obdachern leben. Die Gründe für Woh-
 24 nungslosigkeit sind sehr individuell, meist beinhalten
 25 sie Gewalterfahrung, Migration und Suchtprobleme.

26 In Berlin steigen die Mieten seit Jahren und mit ihnen
 27 auch die Zahl der Wohnungslosen. Die Leitlinien der
 28 Wohnungslosenhilfe sind zudem veraltet. Ein großes
 29 Problem bei der aktiven Bekämpfung von Wohnungslo-
 30 sigkeit ist die fehlende Datengrundlage, wie viele Men-
 31 schen in Berlin überhaupt betroffen sind. Durch eine
 32 amtliche Statistik wäre allerdings eine genauere Be-
 33 darfsermittlung möglich, wodurch die zur Verfügung
 34 stehenden Mittel gezielter und somit effektiver einge-
 35 setzt werden könnten.

36 Eine Unterbringung in Einrichtungen gemäß des
 37 Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes
 38 (ASOG) erfolgt in Pensionen, Hotels und Arbeitneh-
 39 mer*innenwohnheimen, i. d. R. gewerblicher Träger, i. d.
 40 R. ohne sozialarbeiterische Unterstützung. Einige Trä-
 41 ger bieten überdies Wohnheime mit einem freiwilligen
 42 sozialarbeiterischen Beratungs- und Unterstützungs-
 43 angebot an, jedoch ist der Betreuungsschlüssel nicht
 44 ausreichend hoch genug. Der aktuell hohe Bedarf an
 45 Unterkunftsplätzen wird zusätzlich von Nachtcafés
 46 gestemmt. Die vielen Ehrenamtlichen leisten hier
 47 enorm wichtige Arbeit und müssen stärker als bis-
 48 lang vom Land Berlin unterstützt werden. Es besteht
 49 außerdem ein erheblicher Mangel an geschützten
 50 Räumen und Unterkunftsplätzen für Frauen* und Kinder.
 51 Wohnung und Wohnumfeld sind zentraler Lebens-
 52 und Erfahrungsraum für Kinder und Jugendliche und
 53 damit Rahmenbedingung für ihre Sozialisation. Die
 54 Anforderungen für ein gesundes Aufwachsen erfordern
 55 von der Wohnsituation des Kindes Freiräume, Bewe-
 56 gungsmöglichkeiten, Sicherheit, Möglichkeiten zum
 57 sozialen Austausch, Rückzugsmöglichkeiten und eine
 58 kind- bzw. Jugendgerechte Infrastruktur im Sozialraum.
 59 Damit ausreichend Notunterkunftsplätze zur Verfü-

1 gung stehen, werden zurzeit außerdem Traglufthallen
2 genutzt. Die dortigen Bedingungen bezüglich Privat-
3 sphäre und Lebenswürdigkeit sind jedoch nicht trag-
4 bar! Die Unterbringung in ASOG-Unterkünften wieder-
5 um ist pro Person teurer als gewöhnliche Mietpreise.
6 Die Schaffung von günstigem Wohnraum muss oberste
7 Priorität haben. Da jedoch aktuell 60% der Berliner*innen
8 einen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein (WBS)
9 haben, ist dieses Instrument zur Bekämpfung von Verdrängung
10 und Wohnungslosigkeit ein stumpfes Schwert. Eine Reform ist
11 daher notwendig.